



Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, den 1. Januar 2013, Nr. 1

Zum Jahreswechsel

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, dass ich nach dem ereignisreichen Jahr 2012 meine Aufgabe als Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen mit Ihnen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz, fortsetzen darf. Ich habe in meiner Amtszeit als Minister einen Blickwinkel auf die Justiz in unserem Land gewinnen können, der es mir heute erlaubt, deutlich sagen zu können: Ich bin gerne Justizminister und Sie tragen mit Ihrer tagtäglichen Leistung dazu bei, dass ich auf unsere Justiz stolz bin!

Die Justiz ist kein Apparat, der auf Knopfdruck funktioniert. Vielmehr lebt die Justiz von ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die anspruchsvolle und verantwortungsvolle Aufgaben erfüllen. Sie wirken hierbei mit großem Einsatz an dem uns alle verbindenden Ziel mit, für Rechtssicherheit und Rechtsfrieden in unserer Gesellschaft zu sorgen. Dabei leisten Sie mit Engagement und Verantwortungsbewusstsein jeden Tag auf Neue wichtige Arbeit in dem Bewusstsein, über eine Vielzahl von Schicksalen einzelner Bürgerinnen und Bürger zu befinden, die zeitnah auf Entscheidungen oder Maßnahmen angewiesen sind. Dies ist umso anerkennenswerter, weil Sie dies trotz hoher Arbeitsbelastung mit dem Anspruch tun, dem berechtigten Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger auch zukünftig zu entsprechen. Das ist keine Selbstverständlichkeit und ich danke Ihnen hierfür herzlich. Was die Justiz maßgeblich ausmacht, ist die menschliche Verbundenheit und die hohe Solidarität der Justizgemeinschaft weit über den Arbeitsalltag hinaus.

Ich bin mir bewusst, dass es – auch in Zeiten schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen – einer angemessenen Finanz- und Stellenausstattung bedarf und alle Kolleginnen und Kollegen in der Justiz eine sichere berufliche Perspektive haben müssen. Seien Sie versichert, dass ich mich hierfür auch zukünftig mit meiner ganzen Kraft einsetzen werde.

Ganz besonders freue ich mich, dass wir jetzt ein großes Problem haben lösen können, was mir sehr am Herzen lag. Das Ausmaß und das Schicksal der vielen befristet beschäftigten Kolleginnen und Kollegen in der Justiz wurde mir erst mit Amtsantritt im Juli 2010 vollumfänglich bewusst und anfangs konnte ich es gar nicht recht glauben, dass eine solche Entwicklung im öffentlichen Dienst überhaupt möglich ist. Diesen Missstand zu beheben, war mir ein besonderes Anliegen. Mit dem im November beschlossenen Haushalt 2012 hat der Landtag für den Justizbereich 350 zusätzliche Tarifstellen für den mittleren Dienst eingerichtet. Alle seit 2009 und länger laufenden befristeten Arbeitsverhältnisse können nun in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Ich freue mich, dass das in vielen Fällen noch vor Weihnachten 2012 geschehen konnte. Andere werden im Januar 2013 das Ziel einer unbefristeten Beschäftigung in der Justiz erreichen. Damit haben die Betroffenen endlich eine klare Zukunftsperspektive! Weiter bleiben den Gerichten, Staatsanwaltschaften und übrigen Justizbehörden gut ausgebildete Beschäftigte dauerhaft erhalten. Aber auch allen Justizfachangestellten, die seit 2010 befristet angestellt und für einen dauerhaften Einsatz in der Justiz geeignet sind, bieten wir eine sichere Perspektive. Wir werden auch diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sukzessive in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernehmen. Diese junge Justizgeneration ist für das Funktionieren der Justiz auch im Hinblick auf die Altersstruktur einer immer älter werdenden Gesellschaft unbedingt erforderlich.

Wir alle müssen uns laufend auf neue Anforderungen einrichten, wollen wir auch weiterhin sicherstellen, dass die Justiz ihrem (verfassungs-)rechtlichen Auftrag gerecht wird. Es ist eine Herausforderung, permanent sein Wissen und Können auf einem aktuellen Stand zu halten und ständig wechselnden Bedingungen anzupassen. Beispielhaft möchte ich hier etwa die Gerichtsvollzieherinnen

und Gerichtsvollzieher hervorheben, die ihrem anspruchsvollen und verantwortungsvollen gesetzlichen Auftrag unter teilweise schwierigsten Rahmenbedingungen nachkommen und die sich aktuell mit großem Engagement mit den Auswirkungen der Reform der Sachaufklärung auseinandersetzen.

Aber auch der Justizvollzug ist ein gutes Beispiel für die Notwendigkeit einer lernenden Verwaltung. Der Justizvollzug muss sich regelmäßig auf Veränderungen unterschiedlichster Art einzustellen. Im neuen Jahr gilt es, die in 2012 verabschiedeten Leitlinien für den Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen weiter umzusetzen und insbesondere das Übergangsmanagement zu optimieren. Auch muss die Sicherungsverwahrung ab dem 01. Juni 2013 den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts genügen. Diese Beispiele verdeutlichen die Anforderungen an den Justizvollzug der Zukunft und damit auch die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den nordrhein-westfälischen Justizvollzugseinrichtungen auch aufgrund zusätzlicher Aufgaben. Ich freue mich, dass der Landtag mit dem Haushalt 2012 für den Justizvollzug aufgrund der Neuordnung der Sicherungsverwahrung 88 neue Stellen bewilligt und der Haushaltsentwurf 2013 der Landesregierung nochmals weitere 39 neue Stellen vorsieht. Mit Hilfe dieser Planstellen werden die erforderlichen Personalkapazitäten zur Verfügung stehen, um diese gesellschaftspolitisch wichtige Aufgabe in der erforderlichen Qualität wahrzunehmen. Dies gilt umso mehr, als die Justiz, insbesondere der Justizvollzug immer wieder im Fokus der Öffentlichkeit steht. Nach mehr als zwei Jahren als „oberster Justizvollzugsbediensteter“ weiß ich um die Schwierigkeit des Auftrags aller vor Ort Tätigen, die bei fordernden Arbeitsbedingungen stets die Balance zwischen professioneller Nähe und professioneller Distanz finden müssen. Seien Sie versichert, dass ich alles mir Mögliche tun werde, um der zu beobachtenden Skandalisierung auch alltäglicher Vorfälle entgegenzuwirken. Denn Justizvollzugsanstalten sind schon seit Langem keine Orte mehr, an denen Gefangene nur weggeschlossen werden. Im Justizvollzug geht es um deutlich mehr, als reinen Freiheitsentzug. Es geht um Veränderung. Denn nur wenn wir die Gefangenen während der Haftzeit verändern, reduzieren wir die Gefahr, die von ihnen ausgeht.

Insofern werde ich mich auch weiter dafür einsetzen, dass wir das Gefährdungspotential, das von Gefangenen ausgeht, realistisch betrachten. Die Bevölkerung wird nicht etwa dadurch gefährdet, dass ein Gefangener, der sechs Monate vor seiner Entlassung steht, einige Stunden Ausgang erhält, um eine Wohnung anzumieten oder ein Bewerbungsgespräch zu führen. Die Gefährdung der Bevölkerung liegt vielmehr darin, Gefangene nach Jahren zu entlassen, ohne sie auf diesen Augenblick vorzubereiten.

Die Arbeit der rund 8.500 Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug ist daher komplex, schwierig und mitunter sogar gefährlich. In Anbetracht dieser Tatsachen bin ich der festen Überzeugung: Wer im nordrhein-westfälischen Justizvollzug arbeitet, kann stolz auf das Geleistete sein!

Weiter soll die von mir angestrebte Novellierung des Landesrichter- und Staatsanwältegesetzes zu einer Stärkung der Stellung dieser Berufsgruppen führen. Sie soll die Grundlage für eine sachgerechte Interessenwahrnehmung bilden, gleichzeitig das Bewusstsein einer Gesamtverantwortung für die Funktionsfähigkeit der Justiz schärfen und im Nachgang zur Novelle des LPVG die Beteiligungsrechte auch in diesem Bereich wirkungsvoll ausgestalten. Daneben wird es immer wichtiger, den Herausforderungen des demografischen Wandels sowie den steigenden beruflichen Anforderungen an die Justizangehörigen angemessen zu begegnen. Dies soll u.a. durch die Einführung eines umfassenden und flächendeckenden betrieblichen Gesundheitsmanagements geschehen. Daneben gilt es, durch eine familienbewusste Personalpolitik die Attraktivität der Arbeitsplätze in der Justiz zu erhöhen und die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowohl unter dem Aspekt der Kinderbetreuung als auch unter dem immer bedeutsamer werdenden Aspekt der Pflege von Angehörigen fortzuentwickeln.

Ich freue mich darauf, mit Ihnen gemeinsam die Herausforderungen des neuen Jahres anzugehen. Ich wünsche Ihren Familien und Ihnen einen guten und gesunden Start in das neue Jahr und für das Jahr 2013 persönlich und beruflich alles Gute!

Thomas Kutschaty MdL
Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Inhaltsübersicht

Allgemeine Verfügungen

Aktenordnung.....	3
Personalnachrichten.....	5
Ausschreibungen.....	10

Allgemeine Verfügungen

Aktenordnung

AV d. JM vom 12. Dezember 2012 (1454 - I. 391) - JMBl. NRW S. 3 -

I.

Die AV d. JM vom 27. April 1967 (1454 - I B. 49) - JMBl. NW S. 109 -, zuletzt geändert durch AV d. JM vom 16. November 2011 (1454 - I. 352) - JMBl. NRW S. 358 -, wird wie folgt geändert:

1.

§ 14 Absatz 5 Satz 2 wird wie folgt neugefasst:

"² Bei Verfahren zur Abgabe einer Vermögensauskunft oder eidesstattlichen Versicherung sind einschließlich der diesen Verfahren vorausgehenden Anträge auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe zu erfassen:

a)

Das nach § 900 Absatz 5 ZPO/§ 802f Absatz 6 ZPO oder nach § 284 Absatz 7 AO bei dem Vollstreckungsgericht bzw. dem zentralen Vollstreckungsgericht hinterlegte Vermögensverzeichnis, die Registrierung kann unterbleiben, sofern die Erfassung im automatisierten Verfahren sichergestellt ist,

b)

der Widerspruch gegen die Verpflichtung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung (§ 900 Absatz 4 ZPO)/die Erinnerung gegen die Verpflichtung zur Abgabe der Vermögensauskunft (§ 766 ZPO),

c)

der Widerspruch gegen die Eintragungsanordnung (§ 882d Absatz 1 ZPO),

d)

der Antrag auf Erlass eines Haftbefehls (§ 802g ZPO oder § 284 Absatz 8 AO)

e)

der Antrag auf Abgabe der eidesstattlichen Versicherung nach § 889 ZPO."

2.

§ 15a Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

"Insolvenzverfahren einschließlich der diesen Verfahren vorausgehenden Anträge auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe werden wie folgt erfasst:

Registerzeichen IN: Insolvenzverfahren (ohne IK und IE)

Registerzeichen IK: Verbraucherinsolvenzverfahren (§ 304 InsO)

Registerzeichen IE: Insolvenzverfahren nach ausländischem Recht (§§ 343 bis 354 und 356 InsO."

3.

In § 17 wird folgender neuer Absatz 1a eingefügt:

"1a

Das zentrale Vollstreckungsgericht nach § 882h Absatz 1 ZPO führt das Schuldnerverzeichnis nach Maßgabe des § 882b ZPO."

4.

In § 42 Absatz 1 Satz 1 wird das Wort "Muster" durch das Wort "Liste" ersetzt.

5.

Satz 1 der Erläuterung Nummer 2 zu Liste 7b wird wie folgt gefasst:

"Vorläufige Betreuungen sind wie Betreuungen zu behandeln; sie sind besonders kenntlich zu machen."

6.

Liste 9 wird um folgende Erläuterung ergänzt:

"5.

Verfahren auf Verlängerung einer Unterbringungsmaßnahme (§ 329 Absatz 2 FamFG) für Unterbringungen nach § 312 Nummer 3 FamFG sind neu zu erfassen und kenntlich zu machen."

7.

Nummer 5 der Liste 16 wird wie folgt zu gefasst:

"5.

a)

Insolvenzverfahren - IN - betreffend natürliche Personen

b)

Insolvenzverfahren - IN - betreffend juristische Personen, Personengesellschaften und andere nicht natürliche Personen

c)

vorgelegte Insolvenzpläne, für die die Richterin bzw. der Richter zuständig ist - IN

d)

Restschuldbefreiungsverfahren - IN - betreffend natürliche Personen

e)

Verbraucherinsolvenzverfahren - IK -

f)

Restschuldbefreiungsverfahren - IK -

g)

Insolvenzverfahren - IE

h)

vorgelegte Insolvenzpläne, für die die Richterin bzw. der Richter zuständig ist - IE

i)

Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung"

8.

Die jeweilige Erläuterung Nummer 5 Buchstabe e) und f) "Nur für Amtsgerichte" und "Nur für Landgerichte" der Liste 20 werden gestrichen. Die jeweiligen Buchstaben g) bis j) werden Buchstaben e) bis h).

9.

Bei Nummer 4 der Liste 23 "Nur für Oberlandesgerichte" wird folgender neuer Buchstabe d) eingefügt:

"d)

Beschwerden nach dem Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren (SpruchG)"

Die bisherigen Buchstaben d) bis f) werden Buchstaben e) bis g)

10.

Bei Nummer 4 Buchstabe c) der Liste 23 "Nur für Oberlandesgerichte" werden die Worte "sowie Beschwerden nach dem Gesetz über das gesellschaftsrechtliche Spruchverfahren (SpruchG)" gestrichen.

11.

Bei Nummer 4 Buchstabe g) - neu - der Liste 23 "Nur für Oberlandesgerichte" wird der Klammerzusatz wie folgt gefasst:
"(ohne Buchstabe a) bis f))"

12.

Satz 1 der Erläuterung Nummer 3 zu Liste 25a wird wie folgt gefasst:
"Einstweilige Anordnungen ohne vorangegangenes amtsgerichtliches Verfahren (§ 50 Absatz 1 Satz 2 FamFG) sind unter UFH zu erfassen und besonders kenntlich zu machen."

II.

Diese AV tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Personalnachrichten

OLG-Bezirk Düsseldorf

Gerichte

Ernannt:

z. **Richter/in am AG – als d. ständ. Vertr. e. Dir. -:** Richterin am Landgericht Tanja Raschelwand aus Kleve in Geldern; z. **Richter/in am AG:** Richter Daniel Eckert in Viersen; z. **Justizamtsrat/Justizamtsrätin:** Justizamtman/Justizamtfrau Rainer Martin in Düsseldorf, Jürgen de Ridder in Moers, Jörg Mayer in Grevenbroich und Ute Koch in Remscheid; z. **Justizoberinspektor/in:** Justizinspektor/in Nora Bockmühl, Tobias Henseler, Bettina Morgenschweis, Michael Platen, Maike Rütters, Tobias Schmidt, Ulrike Schmitz und Daniela Toenders in Düsseldorf; Jens Kiefer in Neuss; Uwe Fischer, Jessica Riehmman und Daniel Scholz in Duisburg; Thomas Lamberty in Mülheim/Ruhr; Monika Winkelmann in Wuppertal; z. **Justizhauptsekretärin:** Justizobersekretärin Susanne Zimmer in Grevenbroich.

Ruhestand:

Richterin am AG Waltraud Wacker in Emmerich am Rhein; Erster Justizhauptwachtmeister – BesGR A 6 - Josef Königs in Mönchengladbach.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/in Angela Berentelg, Alexander Conrad, Carsten Haase, Alexander von Salisch, Benedikt Albert Stuwe.

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

z. **Justizobersekretärin**: Justizsekretärin Heike Adolph und Corina Winter in Düsseldorf und Maureen Brümmer in Krefeld.

Ruhestand:

Regierungsdirektor Hans-Ulrich Schul und Justizoberinspektorin Aleksandra Stratmann b. d. GStA.

Rechtsanwältinnen /Rechtsanwälte u. Notarinnen/Notare

Nina Baltic, Dr. Felix Banholzer, Christian Benesch, Swantje-Edda Bode, Alexandra Caspari, Jana Dannenhauer, Matthias Ehl, Dr. Beate Erken, Anne Katharina Finkentey, Oliver Fuchs, Dr. Jakob Glajcar, LL.B., Jonas Keil, Johanna Kroh, Dr. Magdalena Anna Kubiak, Philipp Kutscher, Chieh-Ju Bianca Lee, Andreas Lenk, LL.M., Stefanie Loos, Annika Lukaßen, Katharina Potthoff, Anna-Maria Quinke, Matthias Rabbe, Alexander Ritter, Julia Schamarek, Jan Selbeck, Jan Siebels, Urban Slamal, Sabine Stute, Ersin Tasar, Christof Taube, Konstantinos Vatalis, Michael Vetter, Andrea Weber, Dr. Carsten Weiß, LL.M.oec., Anna-Katharina Wilmers, Fabrice Witzke, Dr. Friederike Wurst, LL.M., Jasmin Ziegner u. Anna Zöbeley in Düsseldorf, Stephanie Kötting in Erkelenz, Feriha Temel in Krefeld, Bianca Jansen, Mag.jur. Nina Wörner in Moers, Monika Meyer-Gehlen in Mönchengladbach Stefan Bloem in Mülheim an der Ruhr, Matthias Wald in Neukirchen-Vluyn, Stephanie Berger, Dr. David Kluth, Eleni Mavridou ,in Neuss Martin Hermann Hölscher in Ratingen, Silke Gerhard u. Nicole Krause in Solingen, Sabine Roller in Uedem, Tobias Schleppe in Wesel, Irina Kähm u. Nikolaos Kefis in Wuppertal.

Bestellt zur Anwaltsnotarin:

Rechtsanwältin und Notarin Bianca Pogadetz in Duisburg.

Bestellt zum Notar:

Notarassessor Dr. Tobias Hausch in Düsseldorf

OLG-Bezirk Hamm

Gerichte

Ernannt:

z. **Richter/in am OLG**: Richter/in am LG Dr. Felix Bahrenberg, Dr. Andreas Möller u. Julia Prahla aus Bochum, Holger Dirks aus Münster, Richter/in am AG Harald Eimler aus Bad Oeynhausen, Eva Bode aus Schwelm u. Andreas Hornung aus Warendorf; z. **Direktor des AG** –BesGr. R 2 AZ-: Direktor des AG Dietmar Wilmsmann aus Essen-Borbeck in Recklinghausen; z. **Richter am AG – als d. ständ. Vertr. e. Direktors** -: Richter am AG Frank Gutberger in Herne; z. **Richter am AG – als weiterer Aufsicht führender Richter** -: Richter am AG Prof. Dr. Gerd Hamme in Essen und Stefan Matthias in Hagen; z. **Richter/in am LG**: Richter/in Dr. Anneli Neumann u. Dr. Wolfram Wormuth in Detmold; z. **Richter am AG**: Richter Stephan Schmidt in Bochum; z. **Oberregierungsrat**: Regierungsrat Martin Weiß in Münster; z. **Justizoberamtsrätin/-amtsrat** – BesGr. A 13 AZ –: Justizoberamtsrätin/-amtsrat Georg Gloger und Barbara Rùthers in Bochum, Alfred Amshoff in Borken, Helmut Lansing u. Bernard Elmar Nienkemper in Coesfeld, Werner Herrmann in Dortmund, Michael Schmülling in Gelsenkirchen, Heribert Hennemann in Pader-

born; z. **Justizoberamtsrat**: Justizamtsrat Klaus Sommerfeldt in Bielefeld, Achim Peltzer in Münster; z. **Sozialoberamtsrat**: Sozialamtsrat Reiner Strank in Dortmund; z. **Justizamtfrau**: Justizoberinspektorin Jennifer Piwek in Gelsenkirchen-Buer und Anja Lindt in Lennestadt; z. **Justizoberinspektorin**: Justizinspektorin Kirstin Jahnke in Bielefeld; z. **Obergerichtsvollzieher** – BesGr. A 9 m. AZ. -: Obergerichtsvollzieher und Heinrich Niewerth in Ahaus und Jürgen Teklote in Bocholt; z. **Obergerichtsvollzieher/in**: Gerichtsvollzieher/in Bernd Keiten-Schmitz in Bocholt und Gabriele Paus in Borken; z. **Justizhauptsekretär/in**: Justizobersekretär/in Michaela Musholt in Bocholt und Stefanie Rohr in Gelsenkirchen-Buer; z. **Ersten Justizhauptwachtmeister** - BesGr. A 6 - Thomas Borkowsky in Detmold und Peter Pachura in Dortmund; z. **Ersten Justizhauptwachtmeisterin**: Silke Stabenow in Bielefeld und Diana Niehage in Dortmund.

Amtsübertragung:

Direktorin des AG - BesGr. R 2 -: Richterin am AG - als d. std. Vertr. e. Dir. - Ira Schwefer aus Steinfurt in Lüdinghausen.

Ruhestand:

Richter am AG - als weiterer Aufsicht führender Richter - Rainer Heneweer in Bochum, Richterin am LG Ulrike Winterhager in Siegen, Richter am AG Erhard Heinrichs in Dortmund, Horst Siepmann in Essen und Hubert Bußmann in Lünen.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/in: Nicola Jacob, Michael Overbeck, Dr. Michael Ozimek u. Christoph Tiffert.

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

z. **Leitenden Oberstaatsanwältin** - BesGr. R 3 -: Oberstaatsanwältin -als die ständige Vertreterin eines/einer Leitenden Oberstaatsanwalts/Leitenden Oberstaatsanwältin - BesGr. R 2 mit AZ - Dr. Annegret Heymann aus Hagen in Siegen; zur **Justizamtfrau**: Justizoberinspektorin Astrid Giermann in Bielefeld.

Ausgeschieden:

Justizobersekretärin Claudia Stipp in Dortmund auf eigenen Antrag.

Ruhestand:

Justizamtsinspektorin Sigrid Berner in Bochum.

Richterinnen/Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor/Assessorin: Karsten Hake u. Stefanie Kern.

Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte u. Notarinnen/Notare

Neuzulassungen und Aufnahmen aus anderen Kammerbezirken:

Dr. Philipp Diers (bisher RAK München) in Emsdetten, Linda Dinh-Becker (bisher RAK Düsseldorf) in Essen, Silvana Köster (bisher RAK Düsseldorf) in Essen, Viktoria Prib in Lippstadt, Wiebke Werner (bisher RAK Düsseldorf) in Essen, Jörg Wontorra (bisher RAK Köln) in Olpe.

Bestellt zur Anwaltsnotarin/zum Anwaltsnotar:

Rechtsanwälte/Rechtsanwältinnen Markus Neumann in Oerlinghausen, Dr. Ronald Pleuger in Dortmund, Annette Frommhold-Merabet in Münster, Michael Lammers in Gronau, Christian Hövelmeyer in Greven, Robert Nollmann und Dr. Hansjörg Piehl LL.M. in Emsdetten, Manfred Richter in Rheine, Tanja Tolzmann in Delbrück, Ulrich Rottinghaus in Büren, Dr. Lutz Gierse in Höxter und Dr. Sabina Bald in Bad Berleburg.

Erreichen der Altersgrenze:

Rechtsanwälte und Notare Hans-Ingolf Seidel in Gütersloh, Dr. Gerhard Rohs in Hattingen und Herbert Krampe in Ahaus.

Entlassen aus dem Notaramt:

Rechtsanwalt und Notar Albert Böhmer in Dorsten.

Löschungen als Rechtsanwalt:

Tim Wagner in Bielefeld, Helga Menzel in Oer-Erkenschwick, Dietmar Spindeler in Bielefeld, Christof Zimmermann in Essen, Ann-Katrin Regeniter in Dortmund, Walter Wellige in Senden, Thorsten Fenbers in Münster, Christoph Iking in Meschede, Joachim Prank in Ostbevern.

Abgabe in andere Kammerbezirke:

Franz Freiherr von Brackel in Warburg, Elke Hußlein in Dortmund, Janna Kasdorf in Essen, Daniela Röcken in Essen, Torsten Bendig, LL.M. (T) in Bochum, Jan Rennert in Essen, Julia Liebermann in Legden.

OLG-Bezirk Köln

Gerichte

Ernannt:

z. **Richter am AG -als d. ständ. Vertr. e. Dir.-**: Richter am AG – als weiterer Aufsicht f. Richter-Oliver Schoenijahn in Bonn; z. **Richterin/Richter am AG**: Richter/in Kathrin Susanne Asmusen, Dr. Katia Annette Christine Büter u. Dr. Tino Vollmar in Köln.

Ruhestand:

Vorsitzende Richterin am OLG Renate von Olshausen, Richter am AG –als weiterer Aufsicht f. Richter- Ernst Klotz aus Bergheim.

Finanzgerichte

Ernannt:

z. **Regierungsamtsrat**: Regierungsamtmann Marcus Hohn in Köln; z. **Regierungsobersekretärin**: Regierungsssekretärin Brigitte Rosenthal in Köln.

LAG-Bezirk Hamm

Ernannt:

z. **Richterin am ArbG**: Richterin Dr. Tatjana Himmen-Kremer in Münster u. Dorothea Vincetic in Bochum.

Justizvollzug

Ernannt:

z. **Techn. Oberinspektor**: Betriebsinspektor - BesGr. A 9 m. AZ. - Thomas Hanke in Bielefeld-Brackwede; z. **Regierungsinspektor**: Justizvollzugshauptsekretär Marcel Johnen in Münster; z. **Betriebsinspektor** - BesGr. A 9 m. AZ. -: Betriebsinspektor Arno Schramm in Bielefeld-Brackwede; z. **Betriebsinspektor**: Hauptwerkmeister Thomas Heidemann u. Michael Kötters in Münster; z. **Justizvollzugsamtsinspektor**: Justizvollzugshauptsekretär Dirk Heberlein in Herford; z. **Justizvollzugshauptsekretär/in**: Justizvollzugsobersekretär/in Frank Kuballa, Bianca Schwarz u. Daniel Zörner in Essen, Thomas Gehlen u. Ralf Merz in Heinsberg.

Ruhestand:

Leitender Regierungsdirektor Michael Metzner in Geldern, Pfarrer Paul-Gerhard Kenter in Herford, Justizvollzugsüberinspektor Wilhelm Hawinkels in Heinsberg, Justizvollzugsamtsinspektor Bernd Wilhelm Köthe in Euskirchen u. Siegfried Tugend in Münster.

Fachhochschule für Rechtspflege NRW

Ernannt:

z. **Professor**: Staatsanwalt Dr. Frank Els; z. **Regierungsoberratsrat**: Amtsrat Michael Schäfersküpper.

Stellenausschreibungen

Das Land NRW fördert die berufliche Entwicklung von Frauen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. In den Bereichen, in denen Frauen noch unterrepräsentiert sind, werden sie bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung nach Maßgabe des Landesgleichstellungsgesetzes bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Das Land NRW bemüht sich bevorzugt um die Einstellung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen. Bewerbungen geeigneter schwerbehinderter Menschen und gleichgestellter behinderter Menschen im Sinne des § 2 Abs. 3 SGB IX sind daher ebenfalls ausdrücklich erwünscht.

Sofern im Einzelnen nichts Anderes bestimmt ist,

- richten sich die Ausschreibungen an Voll- und Teilzeitkräfte,
- sind Bewerbungen innerhalb von zwei Wochen nach dieser Ausschreibung grundsätzlich auf dem Dienstweg einzureichen.

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um folgende Stellen:

1	Vors. Richter/in am OLG (R 3) in Köln
1	Richter/in am AG - als std. Vertr. e. Dir.- (R 2) in Langenfeld
1	Direktor/in d. AG (R 1 m. AZ.) in Blomberg
1	Richter/in am ArbG in Essen
mehrere	Richter/in am AG in Aachen
1	Richter/in am AG in Gütersloh
je 1	Richter/in am AG Bonn, Brühl, Euskirchen u. Leverkusen
1 o. mehrere	Richter/in am AG in Herford
mehrere	Richter/in am LG in Düsseldorf
je 1 o. mehrere	Richter/in am LG in Duisburg
je 1	Richter/in am LG in Kleve, Krefeld und Wuppertal
je mehrere	Richter/in am AG in Düsseldorf, Duisburg, Oberhausen, Mönchengladbach-Rheydt, Viersen, Remscheid und Wuppertal
je 1 o. mehrere	Richter/in am AG in Neuss und Krefeld
je 1	Richter/in am AG in Duisburg-Hamborn, Mülheim an der Ruhr, Emmerich am Rhein, Geldern, Kleve, Grevenbroich, Mettmann und Solingen
3	Richter/in am VG in Gelsenkirchen
1	Richter/in am VG in Köln

- 1 Sozialoberamtsrat/-amtsrätin - Gruppenleiter/in der Fachkräfte des ambulanten Sozialen Dienstes der Justiz – b. d. LG Köln
- 1 Justizvollzugsamtsinspektor/in (A 9 m. AZ.) - Fahrdienstleiter/in - b. d. JVA Wuppertal-Vohwinkel
- das Aufgaben- und Anforderungsprofil kann b. d. Leiter d. JVA Wuppertal angefordert werden -
- 1 Justizvollzugsamtsinspektor/in (A 9 m. AZ.) - Ausbildungsleiter/in - b. d. JVA Geldern
- das Anforderungsprofil kann b. d. Leiter d. JVA Geldern angefordert werden -
- 1 Regierungsamtsinspektor/in (A 9 m. AZ.) – Leiter/in d. Zahlstelle – b. d. JVA Bielefeld-Senne
- die Stellenbeschreibung und das Anforderungsprofil können b. d. Leiter d. JVA Bielefeld-Senne angefordert werden –
- mehrere Justizvollzugsamtsinspektor/in (A 9 m. AZ.) b. d. JVA Bielefeld-Senne
- mehrere Justizvollzugsamtsinspektor/in b. d. JVA Bielefeld-Senne
- 1 Justizvollzugsamtsinspektor/in b. d. JVA Attendorn
- 1 Betriebsinspektor/in b. d. JVA Attendorn
- mehrere Justizvollzugshauptsekretär/in b. d. JVA Attendorn
- mehrere Justizvollzugshauptsekretär/in b. d. JVA Bielefeld-Senne
- 1 Erste/r Justizhauptwachtmeister/in (A 6) - stellvertretende/r Leiter/in der Justizwachtmeisterei - b. d. OLG Hamm.

Leiter/in des ambulanten Sozialen Dienstes b. d. LG Bielefeld

Bei dem Landgericht Bielefeld ist demnächst der Dienstposten des Leiters/ der Leiterin des ambulanten Sozialen Dienstes zu besetzen. Die Funktion ist derzeit der Besoldungsgruppe A 13 BBesO zugeordnet. Bewerben können sich alle Beamtinnen/Beamten des gehobenen Sozialdienstes im Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm.

Rücknahme:

Die Ausschreibung einer Stelle f. e. 1 Regierungsamtsinspektor/in b. d. Sozialtherapeutischen Anstalt Gelsenkirchen (JMBl. NRW Nr. 24 v. 15. Dezember 2012) wird hiermit zurückgenommen.